



**Info Dienst Nr. 20 / 29. Oktober 2010**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

vor einem Jahr ist die schwarz-gelbe Bundesregierung angetreten, die Politik in Deutschland zu verändern. Die Bilanz ist verheerend: Ein Jahr Schwarz-Gelb, das ist das Jahr der verpassten Chancen und ein verlorenes Jahr für Deutschland. Keine Regierung vorher hat so schnell und nachhaltig das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Konzentriert hat sich die Bundesregierung auf die Interessen ihrer Großspender: Atomindustrie, Hoteliers, reiche Erben und die private Krankenversicherung.

Mit der Gesundheitsreform läuten CDU/CSU und FDP das Ende des solidarischen Gesundheitssystems ein, weil Kostensteigerungen künftig allein von den Versicherten getragen werden sollen. Schwarz-Gelb zieht weiterhin keine Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise und belastet mit dem „Sparpaket“ vor allem Arbeitslose, Familien und Wohngeldempfänger statt der Verursacher der Krise. Schwarz-Gelb ist weiterhin gegen die Einführung eines Mindestlohns und hat bislang nichts unternommen, um Leiharbeit zu regulieren und das Prinzip „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Und trotz massiven öffentlichen Protests hat die Bundesregierung in dieser Woche die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke im Deutschen Bundestag beschlossen.

Diese und weitere Themen der aktuellen Sitzungswoche habe ich in diesem Info-Dienst für Sie zusammen gefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

-----  
Die Themen:

1. Debatten und Entscheidungen zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke
2. Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes
3. Regierungserklärung zum Europäischen Rat und zum G 20-Gipfel
4. Zwischenbilanz: Ein Jahr Schwarz-Gelb
5. Im Blickpunkt

### **1. Debatten und Entscheidungen zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke**

Trotz anhaltenden öffentlichen Protests, hat die Bundesregierung an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen. Seit der ersten Lesung der Gesetzentwürfe am 1.10.2010 sind noch nicht einmal vier Wochen vergangen. Die Bundesregierung hat von Anfang an einen enormen Druck aufgebaut, um

dieses Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 21.10.2010 im Deutschen Bundestag stattgefunden. Aufgrund der extrem begrenzten Zeit für diese Anhörung konnten aber wichtige Aspekte nicht ausreichend behandelt werden:

### **Fragen zur Technik und Sicherheit**

Hier zeigte sich, dass nicht alle alten Atomanlagen durch Nachrüstungen auf das Niveau von neuen Anlagen gebracht werden können. Ältere Atomkraftwerke erhalten von der Bundesregierung längere Laufzeiten, sind aber nicht mehr voll nachrüstfähig, wichtige Sicherheitssysteme werden dauerhaft fehlen.

### **Fragen zum Wettbewerb und den Auswirkungen für die Erneuerbaren Energien**

Die Bundesregierung ist der Ansicht, dass Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke als „Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien“ notwendig seien. Diese Begründung konnte in der Anhörung nicht belegt werden. Verschiedene Sachverständige waren der Ansicht, dass Laufzeitverlängerungen überflüssig seien, den Ausbau der Erneuerbaren Energien sogar behindern würden.

Zurzeit herrscht bei der kommunalen Energiewirtschaft und bei Energieproduzenten, die unabhängig von den vier großen marktdominierenden Unternehmen sind, Investitions- und Planungsunsicherheit. Viele Unternehmen haben sich auf den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft und dem Atomkonsens aus dem Jahr 2000 verlassen und dementsprechend investiert. Nun wird ihre Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Laufzeitverlängerung zugunsten der Atomkraftwerksbetreiber RWE, Vattenfall, Eon und EnBW beeinträchtigt.

### **Der Protest geht weiter**

Die SPD will im Bundesrat die schwarz-gelben Pläne für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke stoppen. Die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz fordern, dass es bei den unter Rot-Grün vereinbartem Atomausstieg bleibt. Gemeinsam brachten die SPD-regierten Länder einen Entschließungsantrag gegen die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung ein. NRWs Ministerpräsidentin Hannelore Kraft kündigte auch eine Verfassungsklage an, falls der Bundesrat nicht in die Entscheidung über Laufzeiten einbezogen wird. Der Antrag wird nun in den Ausschüssen des Bundesrates beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion erwägt zudem eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, da es in der Gesetzgebung neben der Nicht-Beteiligung des Bundesrates zahlreiche Fehler gegeben hat.

Angesichts der Tragweite dieser Gesetze für zukünftige Generationen und der kritikwürdigen parlamentarischen Vorgehensweise habe ich im Deutschen Bundestag eine persönliche Erklärung abgegeben. Diese finden Sie unter: <http://is.gd/grKaS>

## **2. Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes**

Bis Ende November wird im Deutschen Bundestag über den Haushalt für 2011 diskutiert und beraten. Fest steht, nach einer Rekordneuerschuldung im letzten Jahr muss der Haushalt konsolidiert werden. Die Bundesregierung hat bereits vor der Sommerpause ein Sparpaket vorgelegt. Dieses Sparpaket wurde nun als Haushaltsbegleitgesetz in 2. und 3. Lesung mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP verabschiedet. Das Sparpaket sieht bis 2014 Entlastungen des Bundes um 80 Milliarden Euro vor.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht ebenfalls die Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, aber die Lasten müssen gerecht verteilt werden. Das ist im Sparpaket der Bundesregierung nicht der Fall. Den größten Anteil will die Bundesregierung im

Sozialbereich einsparen, bei Familien und Arbeitslosen, damit schadet das Sparpaket dem Wachstum und der Beschäftigungsentwicklung. Regionale soziale Ungleichgewichte werden weiter verschärft, weil Städte und Regionen mit einer hohen Anzahl von Sozialleistungsempfängern deutlich stärker getroffen werden als sozial starke Städte und Regionen. Die Wirtschaft und der Finanzsektor werden dagegen verschont.

Aus diesem Grund haben wir zur Abstimmung einen Entschließungsantrag gestellt. Allein die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde dem Staat jährlich Milliarden bringen. Eine gerechtere Verteilung der Lasten ist möglich.

Zu den konkreten Maßnahmen des Sparpakets weise ich Sie auf meinen Info-Dienst Nr. 18 hin, den Sie im Internet unter <http://is.gd/grKEi> finden.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter: <http://dip.bundestag.de/btd/17/034/1703454.pdf>

### **3. Regierungserklärung zum Europäischen Rat und zum G 20-Gipfel**

In dieser Woche hat der Bundestag über die bevorstehenden Gipfel der Europäischen Union und der G20 (die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) beraten. Die Finanzkrise hat zu einer schweren Belastungsprobe für die Währungsunion geführt. Das zögerliche Verhalten der Bundesregierung im Frühjahr 2010 gegenüber Griechenland führte zu einem drohenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der EU. Deutlich geworden ist, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner bisherigen Form nicht ausreicht, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und für die Zukunft verlässliche Krisenbewältigungsmechanismen und -instrumente zu installieren.

In ihrer Regierungserklärung am Dienstag pochte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf eine Verschärfungen der EU-Verträge, um künftig Währungskrisen in Europa zu verhindern. Dies hatte sie bereits in der letzten Woche mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy vereinbart. Diese Vereinbarung wurde aber getroffen, ohne die übrigen Partnerländer vorab zu informieren. Diese Aktion entspricht nicht nur einer Kehrtwendung der bisherigen Positionierung Deutschlands, sondern schwächt Deutschlands Rolle in der EU, denn sie führt zu großen Irritationen bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Und eine Einigung ist nötig, weil der im Frühjahr von der EU und dem Internationalen Währungsfonds aufgespannte Rettungsschirm im Jahr 2013 ausläuft.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Vorsorge zu treffen und einen Umschuldungsmechanismus zu entwickeln, um für überschuldete Staaten ein geordnetes und rasches Restrukturierungsverfahren zu ermöglichen. Anstatt zu fordern, dass verschuldeten Staaten das Stimmrecht für die EU-Gremien entzogen wird, sollten lieber sinnvolle präventive Maßnahmen beschlossen werden, damit es gar nicht erst zu so einer Situation kommt. Dazu zählen Maßnahmen, die verhindern, dass der Finanzsektor gegen Staaten spekulieren kann und Ratingagenturen das Schicksal von Anleihezinsen bestimmen können. Dazu gehören die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und das Verbot spekulativer Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen.

### **4. Zwischenbilanz: Ein Jahr Schwarz-Gelb**

Vor einem Jahr haben Union und FDP die Regierungsverantwortung übernommen. Ein Jahr Schwarz-Gelb, das ist ein Jahr der verpassten Chancen und ein verlorenes Jahr für Deutschland.

Der Aufschwung 2010 mit mehr als drei Prozent Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit, die im Oktober unter drei Millionen liegt, könnte uns Mut machen. Jetzt haben wir die reale Chance, die wirklich wichtigen Fragen aufzugreifen. Vollbeschäftigung in den kommenden Jahren ist möglich. Gleiche Bildungschancen sind machbar. Wir können eine Gesellschaft des längeren Lebens jetzt gestalten, ohne dass wir innovative Dynamik verlieren und immer tiefere Risse das Land in Gewinner und Verlierer spalten.

Für diese wirklich wichtigen Ziele haben wir jetzt Handlungsspielraum. Und doch erleben wir eine Gesellschaft, die zerrüttet ist und eine Regierung der es elementar an Orientierung fehlt. Das Vertrauen in die Politik ist beschädigt, denn immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass die Regierung nur noch Lobbygruppen bedient, Bürgerinnen und Bürger belastet und das Gemeinwohl aus dem Blick verliert.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen höhere Abgaben zahlen, Arbeitslosen werden nicht nur Rentenbeiträge, sondern auch Vermittlungsleistungen gekürzt. Die Regierung entzieht den Kommunen und vor allem den sozialen Brennpunkten die Unterstützung, in denen Integration sich bewähren und von einer billigen Parole zur harten Praxis werden muss. Das Wahlversprechen von „mehr Netto“ stellt sich für die große Mehrheit, die jeden Tag zur Arbeit geht, beinahe täglich neu als Lüge heraus. Diese Menschen fühlen sich verhöhnt, wenn sie sehen, was Hoteliers, Pharma- oder Energiekonzerne an Privilegien und Vergünstigungen einstreichen.

Unsere entscheidende Aufgabe ist es, die Mitte unserer Gesellschaft wieder breiter und stärker zu machen. Die Mitte trägt unser Land. Sie hält die Gesellschaft zusammen. Sie tut es durch Bildungsanstrengungen, durch Sorge um ihre Kinder, durch Solidarität in Familie und Kommune, durch harte Arbeit, um aus der Abhängigkeit herauszukommen. Emanzipation durch Bildung und Arbeit – das stärkt den Bürgersinn und die Demokratie.

Weitere Informationen und Materialien der SPD-Bundestagfraktion zu „Ein Jahr Schwarz-Gelb“ finden Sie unter:

[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,13610,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13610,00.pdf) und  
[http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,13611,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,13611,00.pdf)

## **5. Im Blickpunkt**

### **Patientenschutz statt Lobbyismus - Keine Vorkasse für Ärzte**

Die Bundesregierung plant eine drastische Ausweitung der Kostenerstattungsregelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wer genug Geld im Portemonnaie hat, um seine Arztrechnung per Vorkasse zahlen zu können, wird in Zukunft bevorzugt behandelt. Das Resultat wird eine Drei-Klassen-Medizin sein, bei der Privatversicherte Patienten erster Klasse sein sollen, gefolgt von allen gesetzlich Krankenversicherten, die es sich leisten können, Vorkassen zu zahlen und Kostenerstattung zu wählen. Am Ende stehen dann die gesetzlich Krankenversicherten, die das geringste Honorar versprechen und deshalb z. B. mit längeren Wartezeiten rechnen müssen. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, keine Ausweitung der Kostenerstattung in der gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen und am Sachleistungsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung festzuhalten.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703427.pdf>

### **Verordnungsermächtigung in § 43 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz entfristen**

Ziel des Antrages ist die Sicherung eines länderübergreifend einheitlichen Zugangs von außerbetrieblichen Ausbildungsgängen zur Kammerprüfung. Damit soll zur Sicherung des dringend benötigten Fachkräfteangebots beigetragen werden. Mit dem Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) ist 2005 im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) die Zulassung zur Kammerprüfung erweitert worden. Demnach ist nach § 43 Absatz 2 BBiG ebenfalls zur Prüfung zuzulassen, wer in einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist. In Satz 3 und 4 werden die Länder ermächtigt, über Rechtsverordnungen festzulegen, welche vollzeitschulischen Bildungsgänge einer Ausbildung nach dem BBiG in diesem Sinne entsprechen. Diese Verordnungsermächtigung wurde bis zum 1. August 2011 befristet. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass diese Möglichkeit in den Ländern bisher nur unzureichend genutzt wurde. Dieser insbesondere für die vollzeitschulische Ausbildung uneinheitliche Regelungszustand ist unbefriedigend. Um eine föderale Zersplitterung zu vermeiden, ist eine Entfristung der Verordnung eine sachgerechte Lösung.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701745.pdf>

### **Kinderrechte stärken – Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen**

Zum 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention fordern wir die Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung. Es wird Zeit, dass Kinderrechte in Deutschland vorbehaltlos umgesetzt werden. Die Kinderrechtskonvention enthält wesentliche Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In Deutschland gilt die UN-Kinderrechtskonvention aber nach wie vor nur eingeschränkt: Schwarz-Gelb hat 1992 eine Vorbehaltserklärung abgegeben. Seit Jahren fordern wir die Rücknahme der Vorbehaltserklärung. Mehrfach hat der Deutsche Bundestag entsprechend entschieden, scheiterte aber an der Ablehnung der unionsgeführten Länder. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Union die Rücknahme in Bund und Ländern abgewehrt.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700057.pdf>